

Budgetberatung.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Dezember 1930.

Vizebürgermeister Hoss eröffnet die Sitzung um 17'30 Uhr.

Zunächst werden ohne Debatte angenommen die Tagesordnungspunkte betreffend den Neubau von Hauptunratskanälen im XI. Bezirk, der Ankauf einer Liegenschaft im IV. Bezirk und der Vertrag mit der städtischen Versicherungsanstalt betreffend die Miete von Räumlichkeiten in einem Hause im VIII. Bezirk zur Unterbringung von Aemtern.

Es wird hierauf die Debatte über die Gruppe V des Voranschlages fortgesetzt.

GR. Dr. Wagner (E. L.) kommt zunächst auf das Schlusswort des St. R. Weber zur Gruppe IV zurück und stellt gegenüber dem St. R. Weber fest, dass nach den Ziffern des Voranschlages auf durchschnittlich 15 Wohnungen der städtischen Wohnhäuser ein Geschäftslokal entfällt. Er beschäftigt sich sodann mit dem Voranschlag der Gruppe V. und bemerkt, St. R. Richter sei ^{mit} dem armen Lazarus zu vergleichen, der sich mit den Brosamen vom Tische der Reichen begnügen muss, obwohl ^{er} sich gerade in dieser Verwaltungsgruppe um die wichtigsten Aufgaben der Gemeinde handelt. Nur auf dem Gebiete der Strassenpflege sind die Investitionen heuer unwesentlich erhöht, an allen Investitionsposten sind ganz gewaltige Abstriche zugunsten der anderen Verwaltungsgruppen gemacht worden. GR. Wagner spricht sodann sein Bedauern aus, dass St. R. Richter nicht ein Wort über die so wichtige Reichsbrückenfrage und über den Ausbau der Wasserleitung gefunden hat. Mit grosser Befriedigung muss es erfüllen, dass ein so grossartiger Aufschwung des städtischen Bäderbetriebes zu verzeichnen ist. GR. Wagner wendet sich sodann in scharfer Weise gegen die Konkurrenzierung des privaten Gewerbes durch das städtische Gartenwesen, die städtischen Werkstätten und insbesondere die städtischen Dampfwaschereien. Der Redner bespricht sodann die Aktienbesitzverhältnisse bei der Gummifabrik Semperit in Wimpasing. Die Mehrheit der Aktien ~~MEHM~~ ist jetzt von der Eskomptogesellschaft erworben worden, und zwar heisst es für Rechnung der Gemeinde Wien. Wimpasing war bisher eine antimarxistische Insel. Nach dem Uebergang der Aktienmehrheit an die, wie es heisst, Gemeinde Wien wurde der kommerzielle Direktor versetzt, der Betriebsratsobmann, der Obmann der Heimwehrortsgruppe ist, 6 Jahre in der Firma tätig, verheiratet ist und ein Kind hat, gekündigt, ebenso andere Angestellte, darunter auch Meister mit 20 bis 40 Dienstjahren. Insgesamt wurden rund 50 Angestellte und Arbeiter, die der Heimwehr oder dem christlich-deutschen Turnverein angehören, entlassen bzw. pensioniert. Wir müssen schon sehr davor warnen, nunmehr an den Arbeitern und Angestellten sein Mitleiden sich zu kühlen. Die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten ist das Passivum des ganzen Budgets, sie zeigt, dass die Gemeinde Wien kein Gold für die eigentlichen Aufgaben, die der Gemeindeverwaltung zukommen, ausgibt.

aus allen diesen Gründen
müssen ⁴⁴⁰¹ gegen das Budget stimmen. (Beifall),

Nunmehr gelangen die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen zur Abstimmung. Die Positionen werden genehmigt, die Anträge Biber und Hclaubek werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Daffinger (E. L.) erklärt, dass sich beim Colo niasystem sehr viele Mängel zeigen. Die vielen Klagen, die darüber geführt werden, sind toll.

.....
vollkommen berechtigt. Die Kübeln in den Häusern sind stets überfüllt, wodurch ein unbeschreiblicher Zustand hervorgerufen wird. Als ein weiteres Uebel stellt sich dann die Fliegenplage ein, die in manchen Häusern fast schon unerträglich ist. Wünschenswert wäre es, die Abfallsammelkörbe insbesondere in jenen Bezirken öfters zu entleeren, wo ganze Pakete in den Abfallsammelkörben abgelagert werden. Dass die vor drei Jahren fertiggestellte Gartenanlage am rechten Donaukanalufer bei der Friedensbrücke bis heute noch nicht beleuchtet ist, ist ein Zustand, den man nicht mehr bestehen lassen kann. Wir verlangen daher die sofortige Beleuchtung dieses Kaivorparks. Die Gartenanlagen überhaupt werden sehr vernachlässigt. Ihr Zustand spottet jeder Beschreibung. Der verwendete Grassamen ist alles andere als ein Grassamen. Schwere Mängel zeigen sich auch bei der Strassenherstellung und Strassenerhaltung. Wir müssen im Interesse der Bevölkerung verlangen, dass diese Mängel sofort abgestellt werden. (Beifall).

GR. Müller (E. L.) bemängelt, dass die Schneesäuberung nicht mit der Raschheit und nicht in dem Ausmasse durchgeführt wird, als es notwendig wäre. Er regt an, bei den Gemeindebauten, die westlich gelogen sind, also an der Wetterseite keine offenen Erker und Balkone anzubringen, da Regen und Schnee bei solchen offenen Erkern und Balkonen viele nachteilige Folgen haben. Der Redner bezeichnet es als einen groben Fehler der Mehrheit, das Amalienbad in Favoriten mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Schilling errichtet zu haben. Für dieses Gold hätten 3 kleinere Bäder errichtet werden können, von denen 2 in Bezirken hätten gebaut werden können, die schon die längste Zeit ein städtisches Bad wünschen. In Bezug auf den Liesingtalkanal erklärt GR. Müller, dass die Gemeinde diese Frage raschestens lösen müsse. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Liesingtalkanal-Ausschusses hat sogar schon festgestellt, dass, wenn sogar das arme Land Niederösterreich sein Möglichstes tue, auch die reiche Gemeinde Wien ihren 20prozentigen Beitrag leisten könnte. Es wurde von den Gemeinden schon wiederholt interveniert, leider bisher ohne Erfolg. (Beifall).

Vizebgm. Hoss (E. L.) erklärt, dass die Wiener Strassenpflege rationeller und zweckmässiger durchgeführt werden müsse. Die Bespritzung der Strassen ist eine mangelhafte. Es fehlt hier an der richtigen Fühlung zwischen der Zentrale der Strassenpflege und den Bezirken. In den Hauptverkehrsstrassen wird nicht so gespritzt, wie es die Vorschriften verlangen, gewöhnlich aber, wenn ein Regen kommt, wird reichlich gespritzt. Hinsichtlich der Kehrzüge auf den Hauptverkehrsstrassen ist eine bedeutende Verbesserung gegenüber den ersten Jahren zu verzeichnen, aber auf den kleinen Plätzen der inneren Bezirke und in den äusseren Bezirken wird mangelhaft gekehrt. Auch die Einsammlung und Abholung des Hauskehrichtes ist besser als früher. Man müsste aber entweder die Zahl der Kübel vermehren oder was noch besser wäre, die Zeit für die Abholung der Kübel kürzen. Erfreulich ist es, dass man sich mit der Errichtung einer Kehrichtverbrennungs- und Verwertungsanlage beschäftigt. Die Errichtung einer solchen Versuchsanlage im Karl Marxhof genügt nicht, es müssten auch mit dem Kehricht in industriellen Bezirkesteilen Versuche gemacht werden, Vizebgm. Hoss verlangt sodann die Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Spitz in Floridsdorf und die Vergrößerung und bessere Instandhaltung des Auparkes. Es wäre auch wieder an der Zeit, auf einen Platz, wo mehrere Bezirke zusammenlaufen ein Bad zu errichten, allordings nicht so luxuriös wie das Amalienbad. Dringend notwendig ist die Herstellung einer Reihe sehr schlechter Strassen im XXI. Bezirk. Von der Reichsbrückenfrage hört man das ganze Jahr nichts; nur anlässlich jeder Budgetdebatte wird irgendetwas darüber gesagt. Man möge doch zu den Verhandlungen nicht Techniker, sondern vor

1012

.....
 allem Persönlichkeiten schicken, die ein entscheidendes Wort in der finanziellen Frage zu sprechen haben. Auf das Stadion hat man, ohne viel zu reden und ohne dass der Gemeinderat die Pläne rechtzeitig genehmigt hätte, 10 Millionen verwendet, nur weil dies für das Jahr 1931 notwendig war. Für eine so wichtige Brücke müsste die Gemeinde das Geld haben. An die endliche Regelung der Reichsbrückenfrage muss mit aller Energie geschritten werden. Vizebgm. Hoss verlangt auch den Bau des Entlastungskanal im XXI. Bezirk und bemerkt zur Wasserversorgung, die Wiener Bevölkerung lege den allergrössten Wert darauf, dass das Trinkwasser so gut bleibt, wie es bisher war. Man müsste entweder die Wasserleitung, damit das Trinkwasser nicht leidet, durch Hochquellen verstärken oder für alle anderen als Trinkzwecke Nutzwasser heranziehen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

In der heutigen Sitzung sind Anträge Biber und Holaubek zur Verwaltungsgruppe IV der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen worden. Der Antrag Biber betrifft die ^{öffentliche} Ausschreibung der Abzieharbeiten bei den Gemeindehäusern, der Antrag Holaubek die Forderung nach getrennter Budgettierung der Wohn- und Siedlungsbauten.

St. R. Richter stellt in seinem Schlusswort gegenüber den Rednern der Minderheit fest, dass sich sein Ressort nicht anders als andere Ressorts der Stadtverwaltung angesichts der herrschenden Wirtschaftsnot Streichungen habe gefallen lassen müssen. Zu den Klagen über eine Konkurrenzierung des privaten Gewerbes durch die städtischen Betriebe bemerkt St. R. Richter, dass von einer wirtschaftsschädigenden Politik dieser Betriebe nicht die Rede sein könne. Die Betriebe nehmen grundsätzlich keine privaten Aufträge entgegen. Hier und da kommt es vor, dass die Gemeinde selbst ^{kleinere} Aufträge, die aber gar nicht ins Gewicht fallen, den städtischen Werkstätten oder anderen städtischen Betrieben erteilt. Die Preise in den städtischen Schwimmhallen sind im letzten Sommer herabgesetzt worden, um die Frequenz zu steigern. Ein Vergleich der städtischen Bäderpreise mit den Preisen der privaten Bäder ist nicht zulässig, da der Lohnkoeffizient in den städtischen Bädern angesichts der Tatsache, dass es in den privaten Bädern keinerlei Begrenzung der Arbeitszeit und keinen Achtstundentag gibt, weitaus höher ist als in den privaten Bädern. Wieviel die Gemeinde auf dem Gebiete des Gartenwesens geleistet hat, geht daraus hervor, dass es bis zum Jahre 1919 in Wien 1,900.000 Quadratmeter öffentliche Gärten gegeben hat, und dass gegenwärtig die Gartenfläche ein Ausmass von 2,730.000 Quadratmetern hat, (GR. Kutschak: Aber die ganzen Gründe waren von Lueger reserviert!) Diese Ziffern zeigen, wieviel die Gemeinde auf diesem Gebiet geleistet hat. Von allen Rednern der Debatte wurde zugegeben, dass die Strassenpflege und Strassenerhaltung sich von Jahr zu Jahr bessert. Leider muss angesichts der grossen Notwendigkeiten, die an die Gemeinde herantreten, hier das Tempo gebremst werden. Es besteht aber ein bestimmter Plan für die Strassenerneuerung. Die Strassenölung ist nur ein Notbehelf, bis zum Ersatz der alten Strassen durch feste und es ist leider ein Mangel, dass die geölten Makadamstrassen maschinell nicht gereinigt werden können. Die Reinigung der Strassen bemühen wir uns so rationell wie möglich zu gestalten. Dass die Maden auf den Strassen liegenbleiben, ist unrichtig. An der Verbesserung des Colonia-systems wird ständig gearbeitet. An der Wimpassinger Gummifabrik sind wir aus der Zeit, als die Betriebe auf Grund des Sozialisierungsgesetzes verpflichtet waren, bei Neuemissionen von Aktien der Gemeinde 5 Prozent abzugeben, wohl beteiligt, wir haben aber an der Wimpassinger absolut kein Interesse und auch kein Interesse daran, Hahnenschwänzer zu massregeln.
 1c13

Es schadet allerdings diesen Herrschaften nichts, wenn sie auch einmal den Dank der Kapitalisten kennen lernen (Beifall bei der Mehrheit),

Zur Reichsbrückenfrage bemerkt St. R. Richter, dass in dieser Frage eine Rivalität zwischen den technischen Abteilungen des Bundes und der Gemeinde bestanden habe, dass aber vor kurzem ein von der Gemeinde vorgelegtes Projekt zur Grundlage der Verhandlungen genommen wurde, weil es das zweckmässigste und das billigste war. Was Zeitungen über den Plan, dass die Strassenbahnen eine eigene Brücke erbauen und sich selbstständig machen wollen, sind eben nur Zeitungsnachrichten.

An dem Projekt für den Entlastungskanal im XXI. Bezirk wird gearbeitet. Die Bedürfnisanstalt Am Spitz wird gebaut werden, sobald Raum dazu vorhanden ist. Die Beleuchtung der Kaianlage konnte nicht erfolgen, weil die Eingabe der Gemeinde seit Wochen vom Bund nicht erledigt wird. St. R. Richter ersucht schliesslich, dem Voranschlag seines Ressorts die Zustimmung zu erteilen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Daffinger (E. L.) bemerkt in einer tatsächlichen Berichtigung, dass eine Einwilligung des Ministeriums für die Beleuchtung der Kaianlage nicht notwendig sei, da es in unmittelbarer Nähe dieser Kaianlage zwei Endanschlüsse gebe.

St. R. Richter bemerkt hiezu, dass diese beiden Anschlüsse unbrauchbar geworden sind, und dass die Beleuchtung erst dann erfolgen kann, bis das Ministerium seine Einwilligung gegeben hat, was aber seit Wochen verzögert werde.

Die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe V findet in der morgigen Sitzung statt.

St. R. Kokrda berichtet sodann über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe VI. Er stellt zunächst fest, dass in dem Nettobetrag der Verwaltungsgruppe VI von Schilling 88,633,050 der Betrieb der städtischen Lagerhäuser nicht enthalten ist. Die Situation der Lagerhäuser der Stadt Wien hat sich im Laufe des Verwaltungsjahres 1930 auch nicht wesentlich gebessert; der Betrieb bleibt auch in diesem Jahr passiv, und die Bemühungen, den Lagerhäusern eine andere Unterlage zu verschaffen, haben bisher noch nicht den gewünschten Erfolg zu verzeichnen, da die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Bundesstellen und Organisationen sehr umständlich und schwierig sind. Dass das Zusammenarbeiten der Lagerhäuser mit den Bundesbahnen ein Gebot der Notwendigkeit ist, wird sowohl von den Bundesbahnen als auch vom Handelsamt voll und ganz gewürdigt. Auch die übrigen an dieser Frage interessierten Organisationen wie die Börse für landwirtschaftliche Produkte, die Handelskammer und die Organisationen der Landwirtschaft sind mit der Angelegenheit befasst und an der Lösung in hohem Grade interessiert. St. R. Kokrda gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es sehr bald möglich sein wird, dem Gemeinderat Anträge über die Umwandlung der städtischen Lagerhäuser zu unterbreiten.

Für die städtischen Schulen ist ein Betrag von Schilling 78,711,530 in Antrag gebracht, in welchem Betrag auch die erste Bauphase für die Errichtung einer Volks- und Hauptschule im XIII. Bezirk in der Höhe von Schilling 500,000 enthalten ist. Für die Kagraner Schule ist noch ein Betrag von Schilling 10,000 als Restzahlung vorgesehen.

Die städtischen Approvisionierungsanstalten und Betriebe sind im letzten Jahr infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend geringer ausgenutzt worden. So sind auf dem Rindermarkt vom 1. Jänner bis 30. November 1930 um 18,000 Stück weniger aufgetrieben worden als in derselben Zeit des Jahres 1929. Auf dem Schweinemarkt ist der Auftrieb von lebenden Fleischschweinen in derselben Zeit um 25,000 Stück zurückgeblieben. Dagegen ist der Auftrieb an Fettschweinen gegenüber dem

Vorjahre um ungefähr die gleiche Stückanzahl gestiegen. Die Einlieferung von Rindfleisch hat um rund 2,000.000 Kilogramm abgenommen, dafür ist die Zufuhr von Schweinefleisch um über 5,000.000 Kilogramm gestiegen. Der Auftrieb an Inlandschweine in den 11 Monaten des laufenden Jahres hat sich gegenüber dem Vorjahre erfreulicherweise vervierfacht; in dieser Zeit sind 40.397 Stück Inlandschweine auf den Markt gebracht worden. Auf die Bemerkungen die Abg. Dr. Buresch in seiner Rede vom 5. Dezember im Nationalrat gemacht hat, dass der österreichische Bauer, der seine Produkte auf den Wiener Markt bringt, nicht so behandelt wird, wie es einem gleichgestellten Staatsbürger geziemen würde, ~~erwidert~~ erwidert St. R. Kokrda, dass der Zentralviehmarkt in Wien öffentlich ist, dass jedermann hier sein Vieh zum Verkauf bringen kann und dass die den Markt beaufsichtigende Behörde den Parteien gegenüber gar keinen Unterschied zu machen vermag. Die Führung und Beaufsichtigung des Markts ist durch die ~~Verordnung~~ auf Grund der Verordnung des Ackerbauministeriums und des Handelsministeriums vom 30. Juni 1910 erlassenen Marktordnung geregelt, und diese Marktordnung wird sicher keine Bestimmung enthalten, dass die österreichischen Landwirte als Bürger minderen Grades behandelt werden können. Was die vom Abg. Dr. Buresch verlangte Trennung des Kontumazmarktes von dem übrigen Viehmarkt betrifft, so haben wir ja eine eigene Kontumazanlage zur Verfügung und über die Regelung dieser Anlage wurde eine Verordnung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom Jahre 1922 erlassen, deren Vorschriften auch eingehalten werden müssen. Daraus ersieht man, dass das Bundesministerium durch Erlassung der Marktordnungen den grössten Einfluss auf den Markt hat. Die Beschickung der Kontumazanlage kann weder von der städtischen Marktbehörde noch von der Gemeindeverwaltung irgendwie beeinflusst werden, wie dies aus einer Rede des Präsidenten der Landwirtschaftskammer für Steiermark Hartleb entnommen werden könnte. Auf dem Kontumazmarkt wird Lebenvieh nur mit besonderen Einfuhrbewilligungen des Ackerbauministeriums gebracht oder aber Vieh, das auf dem öffentlichen Markt gestellt und über Verfügung der Veterinäraufsicht der Kontumazanlage übergeben wurde. Es ist schon vorgekommen, dass die Kontumazanlage ziemlich stark beschickt wurde, was aber darauf zurückzuführen war, dass die Veterinärbehörde grosse Gebiete des den Wiener Markt beschickenden Auslandes als seuchenverdächtig erklärt hat, sodass Viehtransporte aus diesen Gebieten nur mit besonderer Bewilligung des Ackerbauministeriums für den Kontumazmarkt bewilligt wurden. Die Gemeindeverwaltung ist bemüht, die Approvisionierungsanstalten auszugestalten. Die vor einigen Jahren in Angriff genommene Renovierung der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, hat leider eine Unterbrechung erfahren; der für die Jahre 1929 und 1930 im den Voranschlag eingesetzte Betrag von 2,000.000 Schilling zur Errichtung einer neuen Verbindungsbrücke zwischen der alten und neuen Halle wurde nicht konsumiert, weil die Schwierigkeiten wegen ungestörter Fortführung des Bahnbetriebes zwischen den Technikern des Ministeriums und der Gemeinde bisher nicht überbrückt werden konnten. Die Verhandlungen haben aber ein Ergebnis gezeitigt, das hoffen lässt, dass demnächst alle Fragen bereinigt werden. Die Ausgestaltung der offenen Märkte stösst auf mannigfache Schwierigkeiten, hauptsächlich wegen der unleidlichen Raumverhältnisse auf allen Wiener öffentlichen Märkten.

Was die Frage der Trichinose betrifft, ~~durchstösst ihre Lösung~~ in Wien auf ein grosses Hindernis. Die Einführung einer obligatorischen Trichinoseschau hätte zur Voraussetzung, dass die Schlachtung von Schweinen nur in öffentlichen Anlagen erfolgt, es müsste in der ganzen Stadt der Stechhwang herrschen, das heisst, jeder Gewerbetreibende müsste sich der öffentlichen Schlachthofanlage bedienen. Die Einführung des Stechhwanges in Wien stösst ^{ebenfalls} auf ungeheure Schwierigkeiten, sodass an eine solche Mass-

Nahme derzeit nicht gedacht werden kann. Es bleibt daher dem Veterinäramt nur übrig, die Bevölkerung immer wieder vor dem Genuss rohen Schweinefleisches zu warnen.

Die Arbeiten in der Magistratsabteilung für Baustoffbeschaffung gehen glatt vor sich. Die zur Vergebung gelangenden grösseren Aufträge werden in einem Komitee vorberaten und dann dem Ausschuss zur Antragstellung unterbreitet. Das Lager der Magistratsabteilung im III. Bezirk ist ausgebaut worden und funktioniert nun zur allgemeinen Zufriedenheit. Für die zu kaufenden Baugründe ist für 1931 ein Betrag von 5.000.000 Schilling vorgesehen. Da es sehr schwer ist, gerade für diesen Zweck den richtigen Betrag voraus zu bestimmen, wurde auch im Jahre 1930 mit dem präliminierten Betrag das Auslangen nicht gefunden, aber die in Anspruch genommenen Zuschusskredite sind gegenüber den früheren Jahren sehr unbedeutend.

An 118 Einzelbewerber und an 8 Bau- und Siedlungsgenossenschaften wurden Gründe im Baurecht zugesichert. Diese Aktion ist noch nicht abgeschlossen und es werden auch weiterhin Gründe im Baurecht an die Interessenten vergeben. St. R. Kokrda ersucht dem Voranschlag seiner Gruppe die Zustimmung zu erteilen.

Vizebgm. Hoss erklärt, dass beim Ausbau der Grossmarkthalle auch der Ausbau der Brücke, die über die Bahn führt, unbedingt notwendig wäre. Die Marktständebesitzer führen Klage über die Markthelfer, wie auch über eine einseitige Behandlung durch Marktständebesitzer, die auf den Märkten Vertrauensmänner sind. Es wäre sehr wünschenswert, wenn St. R. Kokrda eine objektive Lösung dieser Fragen anstreben würde. Die Obst- und Gemüse-A.G., die eigentlich ein Preisregulator sein sollte, hat ihre Berechtigung vollständig verloren und wäre ehestens zu liquidieren. Notwendig wäre es auch, über die Verhältnisse im Lagerhaus von Zeit zu Zeit zu berichten. Das Lagerhaus ist schon seit Jahren ein Schmerzenskind der Gemeinde und der Gemeinderat hat das Recht, über alle Vorgänge im Lagerhaus entsprechend informiert zu werden. Auch bei der Baustoffe A.G. wäre eine genaue Prüfung der Verhältnisse sehr am Platze, denn auch dieses Unternehmen wäre zu liquidieren, wenn es keine billigeren Preise als die Privaten erstellen und daher kein preisbildender Faktor mehr sein kann. Unbegreiflich ist es, dass für das Schulwesen noch kein eigenes Referat in der Gemeindeverwaltung geschaffen wurde. Es müsse getrachtet werden, dieses der Stadt Wien unmögliche System aus der Welt zu schaffen und einen eigenen Referenten für das Schulwesen zu bestimmen. (Beifall).

GR. Prinke (E. L.) erklärt, dass die Bestrebungen der Gemeinde auf dem Gebiete der Gemüseversorgung bisher vollständig versagt haben. Während die Gärtner zugrunde gehen, kauft die Gemeinde für die städtischen Anstalten 11.300 Kilogramm Dörrgemüse. Die Gemeinde hat für die Gärtner, die heute noch imstande sind, für den Gemüsebedarf der Wiener Bevölkerung aufzukommen, kein Verständnis. Der ärgste Widersacher der Gärtner ist der Zwischenhandel, der die Preise einfach diktiert. Die Gemeinde hat die Pflicht, den Gärtnern Gelegenheit zu geben, ihre Produkte entsprechend verkaufen zu können. Wir alle sind gegen das arbeitslose Einkommen und gerade die Mehrheit hätte die Pflicht, schon aus diesem Grunde gegen den Zwischenhandel aufzutreten. Die Wiener Marktverhältnisse sind eine Schande, ihre Regelung wäre höchst notwendig. (Beifall).

GR. Dr. Hengl (E. L.) wendet sich dagegen, dass die Gemeinde die Lernmittel auch an Kinder von bemittelten Eltern unentgeltlich abgibt. Jedes 10. Schulkind ist das Kind ausländischer Eltern, ja es beziehen sogar die Kinder die Lernmittel unentgeltlich, deren Eltern sie im Auto zur Schule bringen. Durch die wahllose unentgeltliche Abgabe der Lernmittel sind besonders die Papierhandlungen schwer geschädigt. Beschämend sei es auch, dass an den Schulen keine Elternversammlung abgehalten wird, in der

in der nicht geschnorrt wird. Wenn die Gemeinde die Lernmittel nur an die Kinder minderbemittelter Eltern unentgeltlich abgeben würde, würde sie die Goldmittel frei bekommen, die solche Schnorrereien unmöglich machen würden. Sehr ausführlich spricht der Redner zur Frage der Förderung der Landeskultur durch die Gemeinde Wien. Bis 1926 war das Land Wien das einzige Kulturland der Erde, das für die Förderung der Landeskultur nicht den geringsten Betrag voranschlagt habe. Erst ab 1927 ist im Budget dafür der Betrag von 5000 Schilling vorgesehen. Dieser Betrag reicht selbstverständlich nicht im Entferntesten aus. Im besonderer Notlage befindet sich der Wiener Weinbau, der insbesondere im katastrophalen Winter einen ungeheuren Schaden erlitten hat. Die Notstandsaktion der Gemeinde im Betrage von 20.000 Schilling deckt kaum ein Prozent des erlittenen Schadens. Eine ausgiebige Förderung des Wiener Weinbaues wäre auch die Herabsetzung des Katastralreinertrages auf die Hälfte gewesen. Eine wesentliche Förderung würde damit bezweckt werden, dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, wohl die ungerechteste Steuer, aufgehoben werden würde. Sie ist das Hauptübel an der Notlage der Wiener Weinbauer. Durch die ungeheure Belastung der Produktion infolge der Nahrungs- und Genussmittelabgabe werden die Wiener Weinbauer konkurrenzunfähig gemacht. Aufreizend ist es, dass die Buschenausschekken als Luxusstätten bezeichnet und mit einem Abgabesatz von 15 Prozent belegt werden sollen. Die Kontrolle bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist auf das Spitzensystem aufgebaut und daher nicht sachgemäss. Dazu kommt noch, dass Beschwerden gegen die Vorschreibungen jahrelang liegen gelassen werden. Dem städtischen Lagerhaus scheint es schon so schlecht zu gehen, dass es jedes Geschäft macht. So unterhalten jetzt ausländische Weinkommissionäre in Räumlichkeiten des Lagerhauses Weingeschäfte, die eigentlich ein Weinzollfreilager sind. Alle diese Geschäfte werden unter einem Decknamen geführt. Das ist eine Konkurrenzierung des bodenständigen Weinhandels unter ^{dem} Patronat des Lagerhauses, die einem Skandal gleichkommen. Der Redner beantragt, die Lernmittel nur an Kinder von minderbemittelten Eltern abzugeben und die Post von 5000 Schilling für Förderung der Landeskultur auf 50000 Schilling zu erhöhen. (Beifall).

GR. Pfeiffer (E. L.) kritisiert, dass trotz einer Ausgabe von 70,000.000 Schilling für das Schulwesen in der Gemeindeverwaltung kein eigenes Referat für das Schulwesen bestehe. Die Post von 5,000.000 Schilling für Grundkäufe ist eine Hausnummer, an die niemand glauben kann. Der Betrag von 5000 Schilling zur Förderung der Landeskultur sei einfach lächerlich. Aus möglichen Verwaltungszweigen werden Ziffern zusammengetragen, um glauben zu machen, dass die sozialdemokratische Partei für die Landwirtschaft etwas tue. Dass die zentrale Beschaffung ihre Vorteile hat, ist zuzugeben, doch hat sie auch schwere Nachteile. Das Wirtschaftsamt hat einen Umsatz von nicht weniger als 20 Millionen Schilling. Durch die Verwendung dieses ungeheuren Betrages verschafft sich die Gemeinde eine Monopol- und Machtstellung gegenüber den Kontrahenten. Die zentrale Beschaffung geht in bürokratischer Weise bis ins kleinste Detail. Die Regiezuschläge, die die Gemeinde einhebt, sind nichts anderes als der Gewinn eines Zwischenhändlers. Zu beklagen ist es, dass die Gemeinde auf dem Gebiete der Approvisionnement so gut wie keine Aktivität entwickelt. Auch die städtischen Verkehrsmittel werden in einem nicht genügendem Mass zur Approvisionnement herangezogen. Die Lösung der Reichsbrückenfrage ist gerade im Hinblick auf eine klaglose Approvisionnement dringend geboten. Die Lagerhäuser stehen wegen der zu hohen Gebühren leer. In den vorausgegangenen Jahren wurde dort ausserordentlich schlecht gewirtschaftet. Wir ersuchen den Stadtrat, uns genaues über die Anträge durch die eine Besserung des Lagerhauswesens herbeigeführt werden soll, zu sagen. (Beifall bei der E. L.).

GR. Panösch (E. L.) fordert, dass für das Schulwesen ein eigenes Referat geschaffen werden möge. Auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens werden die Gewerbetreibenden mit 55 Prozent zu den Kosten herangezogen, sie haben aber nur einen ganz geringen Einfluss auf die Verwaltung dieses Zweiges. Sowohl die Zahl der Schüler wie die Zahl der Lehrkräfte ist im Jahre 1929 nicht unwesentlich gestiegen, die Ueberschüsse im Fortbildungsschulreferat sind aber ausserordentlich hoch. Wächst der Beitrag der Gewerbetreibenden um 2 Prozent ermässigt worden; aber zu einer Zeit, wo der Grossteil der Steuern schon eingelaufen war. Das Fortbildungsschulgesetz muss endlich geändert werden. (Beifall bei der E. L.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen, 5-Uhr nachmittags.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.